

LINKS WIRKT

Ein Jahr Fraktion DIE LINKE
im Landtag von Nordrhein-Westfalen



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Hier
ist

DIE LINKE.

www.Die-Linke.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
Links im Plenum	7
Chancen und Grenzen der Parlamentsarbeit	
Mehr Mitbestimmung, Abschaffung der Leiharbeit	11
Soziale Spaltung überwinden	
Studiengebühren abgeschafft, Medienstaatsvertrag gestoppt ...	17
Bildung und Kultur für alle	
Gegen Neonazis und Rassismus, für mehr Demokratie	23
Für Bürgerrechte und Frieden	
Atomkonzerne blockieren, Umwelt schützen	29
Für eine konsequente Energiewende	
Weg mit der Schuldenbremse, her mit der Millionärssteuer ...	35
Solide und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik	
„Der Landtag fordert die Landesregierung auf ...“	39
Anträge, Gesetzentwürfe und Anfragen der Fraktion DIE LINKE	

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Landtag NRW
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
 Telefon: 0211 / 884 - 4618, Telefax: 0211 / 884 - 3700
 Internet: www.linksfraktion-nrw.de, info@linksfraktion-nrw.de

Auflage: 5.000 Exemplare; Gestaltung: Florian Osuch; Druck: Mediendepot Ruhr (Duisburg)
 V.i.S.d.P.: Florian Kaiser (Pressesprecher); Erscheinungsdatum: Juni 2011
 Fotos: Fraktion DIE LINKE; Wilfried Meyer (Seite 6)

Diese Publikation darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Bild auf Seite 2-3: Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Wolfgang Zimmermann und Bärbel Beuermann sowie der parlamentarische Geschäftsführer Ralf Michalowsky (von links nach rechts) am 8. Juli 2010 bei der Veranstaltung „Die Fraktion stellt sich vor“ im Landtag von NRW.

DIE LINKE.
 Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,
 liebe Wählerinnen und Wähler,

seit einem Jahr gibt es die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Wir sind bei den Wahlen angetreten, um einen grundlegenden Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, mehr Demokratie und Frieden zu verwirklichen. Unserer Fraktion kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil wir unter einer Minderheitsregierung daran arbeiten, diesen Politikwechsel aus der Opposition heraus voranzutreiben. Anders als alle anderen Parteien im Landtag sind wir der Meinung, dass es nicht ausreicht, im Parlament die richtigen Anträge und die besten Gesetzentwürfe einzubringen. In unserem ersten Jahr im Landtag hat sich wiederholt gezeigt, dass sich ohne politischen Druck von den Betroffenen nichts verbessert.

Neben den von den Medien gezeigten „großen“ Prozessen und Ereignissen, wie zum Beispiel den Auseinandersetzungen um die Landeshaushalte oder der Abschaffung der Studiengebühren, gibt es viele weitere Bereiche, in denen sich unsere Abgeordneten, unsere Referentinnen und Referenten und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür einsetzen, die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen in NRW zu verbessern. Diese Themenfelder haben oft großen Einfluss auf das Leben der Menschen in Nordrhein-Westfalen, tauchen aber in den bürgerlichen Medien noch viel zu selten auf. Da sind etwa unsere Kampagne für ein landesweites Sozialticket, unsere Forderungen in der Frauenpolitik oder unsere erfolgreiche Initiative gegen die Leiharbeit im Universitätsklinikum Essen

In Zahlen lässt sich ein Jahr Fraktion DIE LINKE nur schwer darstellen. Die 195 Anträge, die wir bisher gestellt haben, unsere neun Gesetzentwürfe, die zwei Großen und 105 Kleinen Anfragen können kaum wiedergeben, was die gesamte Fraktion in einem Jahr geleistet hat – und welche unserer Initiativen an den bestehenden Machtverhältnissen scheitern mussten.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir nach einem Jahr im Landtag NRW eine erste Bilanz ziehen und einige der Punkte, zu denen wir arbeiten, darstellen. Wir hoffen, die in uns gesetzten großen Erwartungen zumindest überwiegend zu erfüllen. Wir als Fraktion DIE LINKE können nach einem Jahr im Landtag jedenfalls feststellen: Links wirkt!



Bärbel Beuermann

Bärbel Beuermann
 Fraktionsvorsitzende

Wolfgang Zimmermann

Wolfgang Zimmermann
 Fraktionsvorsitzender

Links im Plenum

Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Arbeit

Am 9. Mai 2010 wählte Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Die knapp drei Jahre zuvor gegründete Partei DIE LINKE schaffte auf Anhieb den Sprung in das Landesparlament. 434.846 Frauen und Männer in NRW schenken der jungen Partei ihr Vertrauen und gaben ihr ihre Zweitstimme. Mit diesen 5,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen stellt DIE LINKE elf von 181 Abgeordneten im neuen Landtag.

Vor allem in den ersten Monaten hatten die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter/-innen mit Startschwierigkeiten zu kämpfen. Praktisch in jeder Hinsicht musste die neue Fraktion bei Null beginnen, sei es hinsichtlich der parlamentarischen Praxis oder solcher Dinge wie Büro- und technischer Infrastruktur. Auch wenn sich die Landtagsverwaltung als außerordentlich freundlich und hilfsbereit erweist, fand die Arbeit doch lange Zeit unter schwierigsten Bedingungen statt. Bis heute lassen die parlamentarischen Abläufe manchmal wenig Raum für die Umsetzung eigener, explizit linker Arbeitsschwerpunkte.

Zu diesen mehr oder weniger strukturellen Schwierigkeiten kam die politische Herausforderung einer nicht erkennbaren Regierungsmehrheit, die das Wahlergebnis mit sich brachte. Den Auseinandersetzungen um eine mögliche Regierungsbeteiligung und den so genannten Sondierungsgesprächen folgte auf den Druck der LINKEN hin die Entscheidung von SPD und Grünen, eine Minderheitsregierung zu bilden. Damit kam die Fraktion DIE LINKE in eine zwar schwierige, aber auch durchaus interessante Rolle. Die Situation der Minderheitsregierung eröffnete der LINKEN die Möglichkeit, Politik zu gestalten, ohne an Koalitionsvereinbarungen gebunden zu sein. Allein die Tatsache, dass SPD und Grüne bei fast allen fortschrittlichen Themen für ihre Anträge auf Zustimmung – oder zumindest auf die Enthaltung – der LINKEN angewiesen sind, eröffnete ein Druckpotenzial, das DIE LINKE zur Umsetzung ihrer politischen

Forderungen im Interesse der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in NRW einsetzen konnte und auch weiterhin kann.

Zum linken Selbstverständnis gehört es dabei, dass die Arbeit im Parlament mit außerparlamentarischen Aktivitäten verknüpft wird. Unsere parlamentarische Opposition kann letztlich nur so stark sein wie der gesellschaftliche

Die Fraktion DIE LINKE während der Beratungen zum Haushalt 2011. Von oben links nach unten rechts: Anna Conrads, Özlem Alev Demirel, Hamide Akbayir, Ali Atalan, Rüdiger Sagel, Ralf Michalowsky, Dr. Carolin Butterwegge, Bärbel Beuermann, Wolfgang Zimmermann (nicht im Bild: Gunhild Böth, Michael Aggelidis).



Druck der sozialen Bewegungen. Deshalb war und ist die Fraktion nicht nur im Landtagsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer, sondern auch sehr stark auf den Straßen Nordrhein-Westfalens aktiv. Um einen kontinuierlichen Arbeitskontakt mit außerparlamentarischen Akteuren/-innen aufrecht zu halten, hat die Fraktion zusätzlich zum Engagement der einzelnen Abgeordneten die „Kontaktstelle für soziale Bewegungen“ eingerichtet.

Auch wenn es sich Abgeordnete und engagierte Wählerinnen und Wähler manchmal wünschen – Parlamentsarbeit allein verändert die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in dem Maße, wie DIE LINKE es als notwendig erachtet. Insbesondere mit einem Stimmenanteil von 5,6 Prozent sind selbst die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten deutlich begrenzt. Immerhin kann DIE

LINKE innerhalb und außerhalb des Landtags ihrer gesellschaftlichen Rolle gerecht werden, Themen zu benennen und gesellschaftliche Debatten anzustoßen, die zu einem neuen gesellschaftlichen Bewusstsein führen können. Schon allein die Existenz der Fraktion DIE LINKE zwingt den Landtag und die Medien, sich mit Fragen auseinanderzusetzen, die sonst gerne ignoriert werden.

Deshalb gilt bei allen Einschränkungen und Schwierigkeiten parlamentarischer Arbeit: Links wirkt!



Im Frühjahr 2011 publizierte die Fraktion DIE LINKE in einer Neuauflage die Broschüre „Das vergessene braune Erbe“. Das Heft zum Thema „Alte Nazis im Landtag von NRW“ ist ein unveränderter Nachdruck ergänzt mit einer Pressedokumentation zur ersten Auflage aus dem Jahr 2007. Download als PDF: www.linksfraktion-nrw.de

Wöchentlich tagt der Vorstand der Fraktion. Auf dem Bild beginnend unten Mitte im Uhrzeigersinn: Judith Demba Fernandez Rios (Geschäftsführerin), Wolfgang Zimmermann, Bärbel Beuermann, Felix Oekentorp (Fraktionsvorstandsreferent, Gunhild Böth, Ralf Michalowsky, Florian Kaiser (Pressesprecher), Dr. Carolin Butterwegge, Rüdiger Sagel.



Mehr Mitbestimmung, Abschaffung der Leiharbeit

Soziale Spaltung überwinden

DIE LINKE ist unter anderem aus dem Protest gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze entstanden. Ohne diesen Widerstand gegen die unsoziale Politik von SPD und Grünen wäre das politische Koordinatensystem nicht nach links verschoben worden. Nicht nur im Bund, auch in NRW gibt es nun das so genannte Fünf-Parteien-System, in dem DIE LINKE eine gewichtige Rolle spielt. Auch in unserem Bundesland haben Agenda 2010 und Hartz-Gesetze massiven Verwerfungen des Arbeitsmarktes Tür und Tor geöffnet, die soziale Spaltung des Landes vorangetrieben und zur Verarmung vieler Menschen beigetragen. Frauen und Kinder sind von dieser Entwicklung besonders stark betroffen, rund 453.000 Unter-15-Jährige in NRW leben in Hartz-IV-Haushalten – das sind 18 Prozent! Mittlerweile über 300.000 Menschen in NRW müssen trotz Arbeit Hartz IV beziehen, darunter ist fast jede/-r Fünfte voll erwerbstätig. Über 80 Prozent dieser Menschen wiederum sind weiblich. In den letzten zehn Jahren sind der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter von 71 auf 63 Prozent und der Bruttoreallohn um vier Prozent gesunken. Der US-amerikanische Multimilliardär Warren Buffet hat diese Entwicklung bereits 2005 passend zusammengefasst, als er sagte: „Es ist Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht!“

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich vom ersten Tag an vehement für bessere Arbeitsbedingungen, mehr soziale Sicherheit und höhere soziale Leistungen sowie für Gleichstellung ein. Dazu gehört unter anderem eine verstärkte Mitbestimmung der Beschäftigten. Das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) etwa ist unter der Regierung Rüttgers bis zur Unkenntlichkeit verschlechtert worden. Unsere Fraktion war die erste, die dieses Thema im neuen Landtag auf die Tagesordnung gesetzt und in enger Absprache mit Vertretern des DGB ein neues LPVG beantragt hat. Inzwischen ist von der Landesregierung auch ein Entwurf für eine Neuregelung der Mitbestimmung der

Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorgelegt worden. Dieser Entwurf fällt aber in vielen Punkten hinter den Antrag der LINKEN und in einigen leider auch hinter den Zustand vor den massiven Verschlechterungen durch die schwarze gelbe Vorgängerregierung zurück. Der

Özlem Alev Demirel (links), wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE am 8. April 2011 auf der Fachtagung „Die Linke und die neuen Wohnungsfragen“ im Landtag NRW.



gemeinsame Druck durch die Gewerkschaften und DIE LINKE führte allerdings bereits von der ersten Vorstellung bis zu den Verhandlungen im Fachausschuss des Landtags zu zahlreichen Verbesserungen am Ursprungsentwurf. DIE LINKE wird dafür kämpfen, dass dieser Druck aufrecht erhalten bleibt.

Für bessere Arbeitsbedingungen hat sich DIE LINKE aber nicht nur im Bereich der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst stark gemacht. Ein von uns vorgelegtes neues Tariftreue- und Vergabegesetz soll bei allen Aufträgen der öffentlichen Hand und bei allen eingekauften Waren soziale Mindeststandards garantieren. In anderen Bundesländern sind in der Vergangenheit Aufträge an Firmen vergeben worden, die so niedrige Löhne zahlen, dass die Beschäftigten ihren Lohn durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken mussten. Eine solche Entwicklung ist widersinnig und sozialpolitisch fatal. Deshalb fordert DIE LINKE bei allen öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro, zumal die Niedriglohnschwelle in Deutschland derzeit bei einem Stundenlohn von 9,85 Euro liegt.

Selbst von einem derart niedrigen Lohn sind viele Leiharbeitnehmer in der Praxis aber weit entfernt. Aktuelle Forschungen belegen, dass sie besonders häufig trotz einer Vollzeitstelle noch beim Jobcenter Hartz IV beantragen müssen. Deshalb ist der Kampf gegen Leiharbeit einer der wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit der Landtagsfraktion. Gegen die Leiharbeit sowohl am Uniklinikum Essen als auch am landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) hat DIE LINKE Anträge eingereicht und Anhörungen beantragt. So konnten Betroffene auch im Landtag darstellen, welche katastrophalen Folgen die Politik der vergangenen Jahre für ihre Situation hat. Am Uniklinikum Essen bewirkte der Druck, der in erster Linie durch die Beschäftigten, aber auch durch DIE LINKE aufgebaut wurde, das Ende der Leiharbeit. Beim BLB ist unser Antrag ein kleiner Schritt, um einen ähnlichen Erfolg zu erreichen.

Noch schlechter als die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden in den NRW-Ministerien die Praktikantinnen und Praktikanten bezahlt: Sie bekommen nämlich gar



„Gute Arbeit, Gute Löhne, Gute Rente“ – das ist auch eine Forderung der Fraktion DIE LINKE. Im Bild die Abgeordnete Dr. Carolin Butterwegge bei einer Aktion von ver.di Düsseldorf gegen die Rente mit 67.

nichts. Heraus kam das erst durch eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Damit reiht sich diese Landesregierung ein in eine unrühmliche Galerie von SPD-geführten Regierungen, die zwar in Sonntagsreden versprochen, etwas für die „Generation Praktikum“ unternehmen zu wollen, aber es letztlich nicht einmal fertig brachten, die Praktikantinnen und Praktikanten in den eigenen Ministerien zu bezahlen. Insbesondere für diejenigen, deren Interessen sonst nie gehört werden, ist DIE LINKE im Landtag aktiv. So ist es nicht zuletzt den Interventionen der Linksfraktion zu verdanken, dass langsam wieder eine erwähnenswerte Förderung der Erwerbslosenarbeit und -beratung stattfindet. Für Hartz-IV-Betroffene ist der tägliche Kampf um existenzielle Grundbedürfnisse wie Wohnen und Mobilität unglaublich aufreibend. Denn anstatt in der ohnehin schon schwierigen Situation wenigstens von solchen Sorgen befreit zu werden, werden diese Menschen durch das Verarmungssystem Hartz IV besonders stark belastet.

AUF EIN WORT

Bärbel Beuermann

Herne

Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Europa, Eine Welt,
Internationale Beziehungen, Verkehr



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die Umbenennung des Fraktionsvorstandsraums in „Jupp-Angenfort-Raum“. Ich werde auch weiter für die Rehabilitation der Opfer des so genannten Kalten Krieges kämpfen. Zumal Angenfort, der 1951 als jüngster Abgeordneter für die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) in den nordrhein-westfälischen Landtag einzog, sein ganzes Leben dem Kampf gegen Faschismus und Krieg widmete und beide Themen auch meine Herzensangelegenheit sind.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... ich im Verkehrsausschuss selbst gestandene CDU- und FDP-Kolleginnen und -Kollegen durch meine Fachkenntnis in Erstaunen versetzen oder in die Enge treiben kann. Es gelingt!

Links wirkt, weil ...

... wir auch im Landtag mit Selbstbewusstsein und Professionalität zu Werke gehen können.

DIE LINKE kämpft für ein landesweites Sozialticket und hat dieses zu ihrer zentralen Forderung gemacht, weil jeder Mensch in NRW ein Recht auf Mobilität hat, was insbesondere Hartz-IV-Betroffenen derzeit aber vorenthalten wird. Denn für „Fremde Verkehrsdienstleistungen“ sieht der Hartz-IV-Regelsatz lediglich 11,49 Euro monatlich vor, während die billigsten Monatstickets in vielen Kommunen mindestens das Dreifache kosten. Auch menschenwürdiges Wohnen ist für Hartz-IV-Beziehende keineswegs gesichert. Bisher gibt es „Höchstgrenzen“ für „angemessenen Wohnraum“. Aus Sicht der LINKEN sollten aber nicht Höchst-, sondern Mindestgrenzen definiert werden. Auf keinen Fall sollten die ohnehin schon klammen Kommunen darüber entscheiden dürfen, wie „angemessener Wohnraum“ aussieht, da andernfalls eine Auslegung der Bestimmung nach Kassenlage erfolgen könnte. Aber nicht nur bei den Leistungen für Hartz-IV-Betroffene zeigt sich, wie dramatisch die Situation von armen Menschen in armen Kommunen ist. Ob bei der Kultur oder beim Sport, nirgendwo können die Kommunen in NRW ihren Bürgerinnen und Bürgern notwendige Leistungen anbieten, weil sie in den letzten Jahren von Bund und Land mit immer mehr Aufgaben betraut worden sind – ohne dass die dafür not-

**AUF EIN
WORT**

Wolfgang Zimmermann

Düsseldorf

Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Arbeit, Gesundheit



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... meine Rede auf der Kundgebung der Gewerkschaften vor dem Landtag unter dem Motto „Politikwechsel jetzt umsetzen“ am 16. Juli 2010.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... SPD und Grüne sich so schwer tun, Anträgen von uns zuzustimmen, obwohl diese ihre eigenen im Wahlprogramm erhobenen Forderungen enthalten.

Links wirkt, weil ...

... wir auch nach der Wahl noch für *Original Sozial* stehen. Das weiß die Minderheitsregierung und übernimmt häufig vorab schon unsere Positionen, um sich Abstimmungsniederlagen zu ersparen.

wendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden sind. Heute können nur noch acht von 367 Kommunen in NRW ihren Haushalt strukturell ausgleichen. Um ihnen endlich wieder Luft zum Atmen zu verschaffen, hat DIE LINKE einen Rettungsschirm für die Kommunen beantragt. So wie es einen Rettungsschirm für die Banken gab, sollen unserer Auffassung nach auch sie Hilfe die absichert, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellen können. Dazu gehören Schwimmbäder und Bibliotheken genauso wie Theater und Jugendzentren.

Auch haben wir Anträge zur Rücknahme der Kürzungen in der sozialen Wohnraumförderung in die Haushaltsberatungen eingebracht. Noch in der Opposition hatten SPD und Grüne eine Mindestfördergarantie von einer Milliarde Euro für die Wohnraumförderung gefordert, kaum in der Regierung angekommen aber das Fördervolumen auf knapp 800 Millionen Euro reduziert. Aber nur durch sozialen Wohnungsbau und oder durch starke öffentliche Wohnungsunternehmen können Mieten eingedämmt, energetische Sanierung vorangetrieben und die Interessen der Mieter/-innen geschützt werden. Unter anderem deshalb lehnen wir auch den Verkauf beziehungsweise Börsengang von rund 130.000 Evonik/THS Wohnungen ab und haben in einem Antrag Hannelore Kraft aufgefordert, ihren Einfluss als Ministerpräsidentin geltend zu machen, um dies zu verhindern. Der Antrag wurde von allen anderen vier Fraktionen abgelehnt.

All diese Ziele verfolgt die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW aber nicht allein. In jeder Frage versucht sie, sich mit möglichst vielen Initiativen und Organisationen der Betroffenen abzusprechen, beispielsweise mit Frauen- und Migrantinnen/-innen-Selbstorganisationen. Nur so kann es ein Zusammenspiel des parlamentarischen und außerparlamentarischen Handelns geben, durch das linke Forderungen auch umgesetzt werden können.



„Anständige Bezahlung!“ forderten im März 2011 Hebammen während zahlreiche Aktionen wie vor dem Rathaus in Düsseldorf. Am Megaphon: Fraktionsvorsitzende Bärbel Beuermann.

Studiengebühren abgeschafft, Medienstaatsvertrag gestoppt

Bildung und Kultur für alle

Mit einem Paukenschlag begann die bildungspolitische Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW. Bereits kurz nach der Konstituierung des Landtags Anfang Juli 2010 reichte die Linksfraktion Gesetzesinitiativen zur Bildungspolitik ein, um einige der schlimmsten Fehlentscheidungen der abgelösten schwarz-gelben Landesregierung, wie etwa die Einführung von Studiengebühren, zu beseitigen.

DIE LINKE machte den Regierungsfractionen von Anfang an Beine, ihre eigenen Wahlversprechen einzulösen. Denn diese wollten die versprochenen Veränderungen, jetzt an der Regierung, doch nicht so schnell umsetzen. Auf unsere Anträge musste die Landesregierung dann schnell mit einem eigenen Gesetzentwurf (dem 4. Schulrechtsänderungsgesetz) reagieren. Dieses Gesetz enthält im Kern die Forderungen aus den Gesetzesinitiativen der Linksfraktion, allerdings teilweise in verwässerter Version: So forderte unsere Fraktion in ihrer Gesetzesinitiative die vollständige Abschaffung der Kopfnoten. SPD und Grüne legten die Entscheidung in die Hände der Schulkonferenz, die allermeisten Schulkonferenzen schafften sie ab. Mit der Aufhebung der Verbindlichkeit der Grundschulgutachten konnten wir unser Ziel erreichen: freie Wahl der weiterführenden Schule. Und unsere Initiative für mehr Mitbestimmung in der Schulkonferenz erreichte, dass nun Eltern, Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler gleich stark vertreten sind.

Auch andere bildungspolitische (Wahl-)Versprechen von SPD und Grünen haben wir aufgegriffen und die Regierung zu ihrer Umsetzung gezwungen. So wetterten zwar SPD und Grüne im Wahlkampf gegen die Folgen des „Turbo-Abiturs“ durch das „G8“, das achtjährige Gymnasium. Doch die Fraktion DIE LINKE war es, die den konkreten Gesetzesantrag zum „Gymnasium in neun Jahren“ stellte. SPD und

Grüne brachen ihr Wahlversprechen und ließen nur einen Schulversuch zu, an dem sich 14 von 626 Gymnasien in NRW beteiligten. Auch die SPD-Parole von einem gerechten Lohn bleibt für angestellte Lehrkräfte ein Traum. Der Antrag der Linksfraktion „Gleiches Geld für gleiche Arbeit – auch

Gunhild Böth, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, bei einer Flugblattaktion für die sofortige Abschaffung der Studiengebühren am 16. November 2011 vor der Universität Wuppertal.



für Lehrkräfte in NRW!“ wurde auch von SPD und Grünen abgelehnt. Und allen Ankündigungen der Grünen und unseren Anträgen zum Trotz bleibt Gleichstellung in der Schule für Rot-Grün eine ehrenamtliche Tätigkeit, der die Lehrer/-innen unbezahlt nachgehen dürfen. Auch für kleinere Klassen, gegen einen schrumpfenden Bildungsetat und für einen gemeinsamen Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen setzen wir uns weiterhin ein.

Eine der ersten parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE sorgte dafür, dass die Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 endlich passé sind. Leider konnten wir uns mit der Forderung einer sofortigen Abschaffung der Campusmaut zum Wintersemester 2010/11 nicht durchsetzen. SPD und Grüne verzögerten das gebührenfreie Studium immer wieder. Dabei hatten beide Parteien noch nach der Wahl eine Abschaffung zum Sommersemester 2011 als realisierbar in Aussicht gestellt. Mit genau diesem Argument machten sich denn auch Abgeordnete und Mitarbeiter/-innen der Fraktion DIE LINKE sowie viele Genossinnen und Genossen im November 2010 auf, um an den Hochschulstandorten für eine frühere Abschaf-

**AUF EIN
WORT**

Dr. Carolin Butterwegge

Köln

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales,
Rente und Senioren, Kinder,
Behinderung, Jugend, Familie



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die Abschaffung der Studiengebühren und der Residenzpflicht für Flüchtlinge in NRW, weil ich dafür lange gekämpft habe.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... eine Tätigkeit als Abgeordnete so zeitraubend beziehungsweise schwierig mit den Pflichten als Mutter eines Kleinkindes vereinbar ist, aber auch so viel Spaß machen und Herausforderung sein kann.

Links wirkt, weil ...

... die Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen parlamentarische Mehrheiten und ein soziales Korrektiv braucht, das sie an ihre Wahlversprechen erinnert und die Anliegen derjenigen im Parlament vertritt, deren Interessen sonst keine Beachtung finden.

fung zu werben und den Druck auf SPD und Grüne zu erhöhen. Leider ließen sich deren Haushälter dadurch nicht bewegen.

Eine Reizstelle der von uns erzwungenen frühzeitigen Abschaffung der Studiengebühren war und ist der Ausgleich der Gelder, die den Universitäten dadurch entgehen. Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) wurde nicht müde, den Hochschulen eine volle Kompensation zu versprechen. Gleichzeitig versicherte sie, dass Hochschulen, die zuvor nicht die maximale Campusmaut von 500 Euro eingetrieben hatten, dabei nicht schlechter gestellt würden. Dieses Versprechen brach die Regierung: Wer früher hohe Studiengebühren nahm, erhält jetzt auch mehr Geld vom Land. SPD und Grüne bestrafen die Hochschulen, die die Studierenden zuvor nicht geschröpft hatten. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit wird die Fraktion DIE LINKE der Minderheitsregierung nicht durchgehen lassen.

Deshalb hat die Linksfraktion im Studiengebührenabschaffungsgesetz ein Mitspracherecht des Parlaments bei der Vergabe der Kompensationsmittel erkämpft. Unsere Forderung nach Kompensation der Mittel durch den Schlüssel „500 Euro pro Semester und Studierendem“ wird deshalb in jedem Haushaltsjahr erneut debattiert werden. Auch hier werden wir weiterhin am Ball bleiben.

Zum aus Bundesmitteln bezuschussten Mittagessen bedürftiger Kinder in Kitas und Schulen beantragten wir, den elterlichen Eigenanteil von einem Euro je Mahlzeit aus Landesmitteln zu finanzieren. SPD und Grüne lehnten den Antrag „Kein Kind ohne Mahlzeit“ indes ab. Der Druck der Fraktion DIE LINKEN zwang die Landesregierung immerhin zur Ankündigung, für die vom Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ausgeschlossenen Kinder, unter anderem aus Asylbewerberfamilien, die Kosten für Mahlzeiten in Gänze zu übernehmen. Im Elementarbereich geht es uns



Aus Anlass des Internationalen Tags gegen Gewalt gegen Frauen versammelten sich am 25. November 2010 Abgeordnete und Mitarbeiterinnen der Fraktion vor dem Landtag in Düsseldorf.

darum, die Regierungsparteien zu einer umfassenden Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zu bewegen, wie sie sie im Wahlkampf vollmundig angekündigt hatten. Inzwischen wollen SPD und Grüne nichts mehr davon wissen, es geht ihnen lediglich noch um eine erste Revisionsstufe. Diese strebt nur marginale Verbesserungen an und schiebt umfassende Strukturveränderungen auf die lange Bank beziehungsweise in die zweite Revisionsphase – obwohl die Regierung so gern vom Mehrwert präventiver Sozialpolitik vor allem im Bereich frühkindlicher Bildung spricht. Hier wird sich die Fraktion DIE LINKE auch weiter als soziales Korrektiv dafür stark machen, dass die Proteste betroffener Eltern und Beschäftigter im Revisionsprozess Berücksichtigung finden und Gebührenfreiheit sowie ein freier gleicher Zugang zu Bildung verwirklicht werden.

Auch im Kulturbereich musste die Fraktion DIE LINKE die Regierungsparteien immer wieder an ihre eigenen Wahlversprechen erinnern – oft vergeblich. So wollte die Fraktion mit einem konkreten Antrag Rot-Grün verpflichten, zumindest Kriterien für die – laut Koalitionsvertrag – geplante Kulturpauschale zur Finanzierung der kommunalen Kulturausgaben zu erarbeiten. Auch einen Hilfsfonds haben SPD und Grüne abgelehnt, der Kommunen unterstützen sollten, in denen unmittelbar die Schließung von Kultureinrichtungen droht. So bleibt die finanzielle Absicherung der Kultur in NRW weiter das Thema der Linksfraktion.

AUF EIN WORT

Gunhild Böth

Wuppertal

Vizepräsidentin des Landtags
Sprecherin für Schule, Hochschule,
Berufliche Bildung



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... dass unser Studiengebührenabschaffungsgesetz im Juni 2010 zu hektischen Aktivitäten im Wissenschaftsministerium über die Sommerferien führte.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... die persönlichen Angriffe auf uns von CDU und FDP so dümmlich wären.

Links wirkt, weil ...

... wir fachlich kompetent, in der Arbeit blitzschnell und als Fraktion und Partei auch außerhalb des Parlaments agieren!

Erfolge konnte die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW auch im Bereich der Medienpolitik feiern. Sie hatte von Beginn der Diskussion an klar gemacht, dass sie dem 14. Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) nicht zustimmen würde. Denn den Betreibern privater Seiten im Internet wären unzumutbare Pflichten auferlegt und die Informationsfreiheit für Kinder und Jugendliche wäre stark eingeschränkt worden, die geplanten Jugendschutzmaßnahmen dagegen wären völlig unzureichend ausgefallen. Die Schwächen dieses Vertrags wurden von der Linksfraktion deutlich benannt und kritisiert, die Ablehnung mit großer Sachkenntnis begründet. Erst danach zogen die anderen Fraktionen nach und erklärten, dass auch sie nicht mehr zustimmen würden. Zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte scheiterte ein Staatsvertrag. Dem folgt nun auch eine Diskussion über das Zustandekommen von Staatsverträgen. Urplötzlich wird allen Fraktionen klar, dass dieser Prozess demokratischer werden muss.

AUF EIN WORT

Ralf Michalowsky

Gladbeck

Sprecher für Kultur,
Medien, Sport



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die unglaubliche Sympathie, die uns vom ersten Tag an aus den Medien und den anderen Fraktionen im Landtag entgegen schlug.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... ich mal auf so engem Raum (wie dem Plenarsaal) auf so viele Schauspieler treffe.

Links wirkt, weil ...

... meine Wahlergebnisvoraussage eingetreten ist. Rosa-Grün hat keine eigenständige Mehrheit – und das ist gut so! Nach einer Phase des gegenseitigen Beschnüpperns werden wir jetzt an den Stellschrauben drehen müssen. Ministerpräsidentin Kraft ist längst noch nicht auf dem Kurs, der uns eine Unterstützung ihrer Politik ohne Bauchschmerzen möglich macht.

Gegen Neonazis und Rassismus, für mehr Demokratie

Für Bürgerrechte und Frieden

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich seit ihrer Konstituierung der Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse verschrieben. Aktivitäten gegen erstarkende neofaschistische und rassistische Tendenzen bildeten einen Schwerpunkt der Fraktion. In mehreren Kleinen Anfragen und einer Großen Anfrage fragten wir bei der Landesregierung Informationen zu neonazistischen Gewalt- und Propagandadelikten, Aktionen der explizit antimuslimischen Rechtspartei „pro NRW“ sowie den vom Landeskriminalamt und so genannten Verfassungsschutz geführten Statistiken zu rechten Straftaten ab. Außerdem beteiligte sich die Fraktion auch auf der Straße am Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus. So nahm etwa das Gros der Fraktionsmitglieder und Mitarbeiter an den vom Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ organisierten Protesten gegen den jährlich von den militanten „Autonomen Nationalisten“ ausgerufenen „Nationalen Antikriegstag“ im September 2010 in Dortmund teil. Am Gelingen der erfolgreichen Blockade des neofaschistischen Großaufmarsches im Februar 2011 in Dresden war die NRW-Linksfraktion ebenso beteiligt wie bei antifaschistischen Protesten in Wuppertal und anderswo in NRW.

DIE LINKE ist zudem die einzige Kraft im Landtag, die sich stets mit den Opfern rechter und rassistischer Gewalt solidarisiert und Druck auf die Landesregierung ausübt, endlich fachgerechte Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt zu finanzieren. Zwar wurde der politische Antrag der Fraktion bei Enthaltung der FDP von allen anderen Fraktionen niedergestimmt. Die rot-grüne Landesregierung sah sich aufgrund des kontinuierlichen Drucks der Fraktion DIE LINKE aber immerhin ge-

nötigt, 300.000 Euro für die geforderten Beratungsstellen in den Landeshaushalt einzustellen. Nun werden wir weiter Druck machen, damit diese Stellen fachgerecht eingerichtet werden. Viele tausend Menschen leben mit prekäreren Aufenthaltsstatus in NRW,

Bärbel Beuermann auf einer öffentlichen Pressekonferenz des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer“ im Vorfeld eines Neonazi-Aufmarsches im September 2010 in Dortmund-Dorstfeld.



mit Duldung oder sogar ganz ohne Papiere. Sie sind am stärksten an den Rand der Gesellschaft gedrängt, haben oft traumatisierende Fluchtgeschichten hinter sich und verdienen deshalb unsere größte Solidarität. Einen ersten Erfolg in der Flüchtlingspolitik konnte DIE LINKE verbuchen, als der Landtag noch im Juli 2010 dem Antrag der Fraktion zustimmte, die so genannte Residenzpflicht für Flüchtlinge abzuschaffen. Zumindest innerhalb von NRW können sich Menschen mit Duldung und Asylbewerber/-innen nun frei bewegen, ohne Angst vor Ausweiskontrollen haben zu müssen. Um die bundesweite Abschaffung kämpfen wir weiterhin auf allen Ebenen.

Genauso engagiert, aber weniger erfolgreich waren wir beim Kampf gegen Abschiebungen. Zwar konnte auf Druck der Fraktion DIE LINKE über die Wintermonate ein Abschiebestopp für Roma, Ashkali und Ägypter aus Serbien und Kosovo durchgesetzt werden, die Abschiebungen gehen jedoch seit dem Frühjahr wieder weiter. Regelmäßig sind wir dann am Düsseldorfer Flughafen und protestieren mit antirassistischen Gruppen gegen die Sammelabschiebungen. Und auch auf parlamentarischer Ebene setzen wir uns für eine wirksame Bleiberechtsregelung ein, insbesondere für Roma, die europaweit massiven rassistischen Verfolgungen ausgesetzt sind und für die eine historische Verantwortung besteht.



Im Landtag von NRW kämpft DIE LINKE mit zahlreichen Anträgen gegen Abschiebungen. Abgeordnete der Fraktion, hier Ali Atalan (3. von links), beteiligen sich regelmäßig an Protestaktionen gegen Abschiebungen aus NRW, wie etwa im April 2011 vor dem Flughafen Düsseldorf.

Von einer Anfang dieses Jahres gestellten Großen Anfrage an die Landesregierung erwarten wir uns grundlegende Informationen über die Situation von Frauen im Strafvollzug in NRW, über den Umgang mit ihren besonderen Bedürfnissen und Problemen. Darauf aufbauend werden wir Initiativen für die Verbesserung der Lebenssituationen der Frauen im Vollzug, aber auch Möglichkeiten der Haftvermeidung erarbeiten.

Die friedenspolitischen Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE konzentrierten sich in unserem ersten Jahr im Landtag auf den Einsatz von NRW-Polizisten in Afghanistan. So forderten wir in einem Antrag den sofortigen Abzug der Beamten/-innen aus Afghanistan. Denn die deutsche Hilfe beim Aufbau der afghanischen Polizei dient ganz offensichtlich nur dem Aufbau eines weiteren hochkorrupten Unterdrückungsapparates, der letztlich in den Händen von Warlords, Drogenbossen und Kriegsverbrechern liegen wird. Doch auch vor Ort in NRW haben wir friedenspolitische Ansatzpunkte, zum Beispiel im Gebiet Senne-Egge/Teutoburger Wald. Die Fraktion beantragte die umgehende Umwandlung des von den britischen Streitkräften genutzten Truppenübungsplatzes in einen Nationalpark. Diese Forderung entspricht auch dem Standpunkt der lokalen und überregionalen Naturschutzverbände, Umwelt- und Friedensinitiativen und der protestierenden Bevölkerung.

**AUF EIN
WORT**

Ali Atalan

Münster

Sprecher für Migration,
Petitionen, Frieden



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die offenbar organisierte Hetzkampagne der Medien gegen DIE LINKE NRW kurz nach der Landtagswahl.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... man Stärkung der außerparlamentarischen Arbeit und konkretes Wirken im Landtag koordiniert machen kann.

Links wirkt, weil ...

... die Fraktion ein wenig zur Belebung der Demokratie beiträgt. Wir machen deutlich, dass ein grundlegender Systemwechsel nötig und auch möglich ist.

Ein wichtiges Projekt war für die Fraktion die Umbenennung unseres Fraktionsvorstandsraums. Im Rahmen eines kleinen Festes am 25. März 2011 wurde der Saal nach unserem Genossen Jupp Angenfort getauft. Angenfort, ehemaliger KPD-Landtagsabgeordneter und bis zu seinem Tod im März letzten Jahres engagierter Antifaschist, war und ist vielen von uns in unserem Bemühen um Frieden und soziale Gerechtigkeit ein Vorbild. Seine Geschichte ist eng verknüpft mit der des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Die Unterdrückung, die er im Kalten Krieg durch westdeutsche Behörden erfuhr, steht symbolisch für die vieler Genossinnen und Genossen. Unsere Entscheidung, unseren Vorstandsraum nach ihm zu benennen, soll uns zugleich erinnern, allen Anfängen zu wehren und aufmerksam zu verfolgen, wie der politische Diskurs im Lande ausgetragen wird.

Kurz nach der Landtagswahl hat die Massenpanik bei der Loveparade in Duisburg, bei der 21 junge Menschen getötet und mehrere hundert Personen teils schwer verletzt wurden, die Ereignisse überschattet. Um die Ereignisse und Verfehlungen, die zu der Tragödie führten, umfassend aufzuklären, machte sich die Fraktion unter anderem für die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses stark, für den sich jedoch nur noch die FDP aussprach. Auch eine Aktuelle Stunde zur Informationspolitik des Innenministers in diesem Zusammenhang brachte die Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung des Landtags.

Bei einem anderen innenpolitischen Thema haben wir – wie überhaupt sehr oft – SPD, Grüne und FDP zum Jagen tragen müssen. Aber letztlich ist es beschlossen: Die Bevölkerung in NRW kann nun selbst die Abwahl von (Ober-)Bürgermeistern/-innen



Wenige Wochen nach Beginn der Arbeit der LINKEN im Landtag ereignete sich die Katastrophe bei der Loveparade in Duisburg mit 21 Toten, hunderten Verletzten und Traumatisierten. DIE LINKE fordert nach wie vor Aufklärung, wie es zu dem Unglück kam. Für die Fraktion legte Anna Conrads am 27. Juli 2010 Blumen im Karl-Lehr-Tunnel nieder.

und Landräten/-innen initiieren. Dies ist der erste Gesetzentwurf der LINKEN, der eine Mehrheit im Landtag gefunden hat, ein erster Schritt hin zu mehr Demokratie in NRW. Leider haben SPD und Grüne im parlamentarischen Verfahren wesentlich höhere Einleitungsquoten als von uns vorgesehen durchgesetzt. Das heißt, ein Abwahlverfahren wird nur möglich und eine Abwahl nur gültig, wenn sich ein bestimmter – hoher – Prozentsatz der Bevölkerung daran beteiligt. Die Fraktion DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass diese Quoten so weit gesenkt werden, dass diese Form demokratischer Mitbestimmung einfacher zu nutzen wird.

Ein anderer Themenkomplex, der uns seit unserer Wahl in den Landtag begleitet, ist der Datenschutz. So haben wir SPD und Grüne dazu gebracht, mit uns gemeinsam einen Antrag für eine Bundesratsinitiative für ein Moratorium des Elektronischen Entgeltnachweises ELENA einzureichen. Als einzige Fraktion haben wir gegen die aktuelle Volkszählung gestimmt.

**AUF EIN
WORT**

Özlem Alev Demirel

Köln

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Kommunales,
Bauen, Wohnen



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... als der Landtag das Ende der Studiengebühren in NRW beschloss und dass die Abwahl von Bürgermeister/-innen nun durch die Bevölkerung eingeleitet werden kann!

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... SPD und Grüne so kaltschnäuzig ihren eigenen Koalitionsvertrag brechen und die Forderungen aus ihrer Zeit in der Opposition so schnell ins Gegenteil wenden. Noch vor der Landtagswahl haben sie zum Beispiel gefordert, die Wohnungsbauförderung auf eine Milliarde Euro zu erhöhen. Heute beschließen sie nur noch ein Volumen von 800 Millionen.

Links wirkt, weil ...

... durch uns SPD und Grüne immer wieder an ihre Wahlversprechen erinnert werden, die sie ohne uns noch schneller vergessen würden. Wir machen Druck.

Umwelt schützen, Atomkonzerne blockieren

Für eine konsequente Energiewende

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion DIE LINKE war von Anfang an das Ausbrechen aus der atomaren Brennstoffkette, die Beendigung der fossilen Energiegewinnung und das radikale Umsteuern auf hundert Prozent erneuerbare Energien. Maßstab für eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik ist dabei für uns das „Energetische Alternativdreieck“, in dem sich Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energie wechselseitig bedingen und für einen erfolgreichen Umwelt- und Klimaschutz unabdingbar sind. Denn wirkungsvoller Umwelt- und Klimaschutz erfordert es, auf vielen Gebieten neue Wege einzuschlagen. Die Umwelt muss für die kommenden Generationen intakt und lebenswert erhalten werden, aber zugleich müssen auch die Bedürfnisse der heutigen und zukünftigen Generationen berücksichtigt werden. Das schließt unter anderem die Erhöhung der Lebensqualität und die Existenzsicherung ein.

Im Wahlkampf hatte DIE LINKE plakatiert: „E.on, RWE entmachten!“ Nach der Wahl haben wir im Landesparlament und in den außerparlamentarischen Bewegungen gesagt: Den vier Energieriesen, als deren Erfüllungsgehilfen die etablierten Parteien agieren, muss das Handwerk gelegt werden. Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung, Dezentralisierung, Rekommunalisierung und Demokratisierung der Umwelt- und Energiewirtschaft.

Als ersten Schritt haben wir im Landtag die Übernahme der RWE-Tochter Amprion, die die Hochspannungsnetze betreibt, in Landeseigentum beantragt. Wir haben die Diskussion darüber im zuständigen Ausschuss geführt, eine Expertenanhörung und eine Fachkonferenz dazu im Landtag durchgeführt. Wir haben in den Plenarsitzungen immer wieder auf den Artikel 27 der Landesverfassung aufmerksam gemacht, der die Vergesellschaftung im Falle des Missbrauchs von geballter Wirtschaftsmacht eindeutig vorschreibt. Vor allem seit der Atom-Katastrophe im japanischen Fukushima stellen sich die Grünen und die SPD, zunehmend aber

auch CDU und FDP als Ökoparteien dar. Sie sind aber nicht bereit, mit uns LINKEN gemeinsam gegen die Interessen der Konzernherren und -damen zu handeln. Sogar den einfachen Antrag, die öffentlichen Gebäude in NRW auf

Michael Aggelidis (Bildmitte) bei einer Kundgebung vor der Hauptversammlung des Energie-Riesen E.on am 5. Mai 2011 in Essen.



Ökostrom umzustellen, haben alle anderen Parteien unter fadenscheinigen Vorwänden abgelehnt.

Auf der von uns veranstalteten Fachtagung „25 Jahre Tschernobyl und 1 Monat Fukushima“ im April 2011 haben wir mit zahlreichen Anti-Atominitiativen diskutiert, wie der Umbau der Atomanlagen in NRW vorangetrieben werden sollte, um eine sozialökologische Energiewende zu erreichen. Konkret heißt das: Stilllegung der Atomanlagen in Gronau, Krefeld und Duisburg, Einlagerungsstopp für das Zwischenlager Ahaus und ein Ende der Atomforschung in Jülich. Außerdem muss der Export von Uran sofort ebenso verboten werden wie Atomtransporte durch NRW. Schließlich darf das Land keine Subventionen mehr für Kernenergie und -forschung geben, sondern muss diese Gelder in nachhaltige Energien und deren Erforschung investieren.

DIE LINKE ist auch die einzige Partei, die innerhalb wie außerhalb des Landtags konsequent gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke wie in Datteln, gegen neue CO₂-Schleudern und für ein sofortiges Ende des Braunkohletagebaus kämpft. Daher

**AUF EIN
WORT**

Michael Aggelidis

Bonn

Sprecher für Wirtschaft,
Energie, Technologie



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... eine beeindruckende Fachtagung im Landtag mit Vertreterinnen und Vertretern außerparlamentarischer Kräfte zum Thema Vergesellschaftung der Energiemonopolisten.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... so viele Abgeordnete des Landtags bewusst gegen unsere Landesverfassung sind, besonders gegen den Artikel 27, der bei monopolartiger Machtzusammenballung eine Vergesellschaftung gebietet.

Links wirkt, weil ...

... SPD und Grüne ohne uns LINKE nicht einmal ihre Trippelschritte in die richtige Richtung gemacht hätten, wie zum Beispiel mehr Geld für die Kommunen, mehr Lehrerinnen und Lehrer etc.

fordern wir beispielsweise auch den Wasserpfennig, eine Abgabe für die industrielle Nutzung des Grundwassers beim Abbau von Braunkohle. Doch auch andere Industriezweige in NRW verursachen massive Umwelt- und Gesundheitsschäden, gegen die wir uns auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Wege einsetzen. Die äußerst gefährliche und überflüssige CO-Pipeline des Chemiekonzerns Bayer AG etwa ist für uns inakzeptabel, weshalb wir die regionalen Initiativen gegen diese „Giftgas-Pipeline“ in jeglicher Hinsicht unterstützen.

Wir haben als einzige Landtagsfraktion ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm für einen umfassenden ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft verlangt. Wir haben zugleich im Parlament wie außerhalb immer wieder dargelegt, warum dieser unaufschiebbare Umbau mit kapitalistischer Profitlogik und kapitalistischem Wachstumszwang unvereinbar ist. Die Macht der Großkonzerne zu brechen, ist nicht nur notwendig, um ein ökologisch zukunftsfähiges Wirtschaften zu ermöglichen. Denn wenn die Energiemonopolisten überhaupt in erneuerbare Energien investieren, dann nur in monströse Großprojekte wie Offshore-Windparks oder „Desertec“, das in der Sahara Strom erzeugen soll. Auch die elementaren sozialen

**AUF EIN
WORT**

Hamide Akbayir

Köln

Sprecherin für Frauen,
Gleichstellung, Umwelt,
Landwirtschaft, ländliche Räume,
Verbraucherschutz



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... das Integrieren alternativer Frauenverbände in den Festakt zum 100. Internationalen Frauentag und die Resonanz der Umweltverbände auf unsere Fachtagung „25 Jahre Tschernobyl – 1 Monat Fukushima“.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... die rosa-grünen Fraktionen uns so vehement ausgrenzen, fast auf einer Linie mit den Konservativen von CDU und FDP.

Links wirkt, weil ...

... wir die Abgeordneten der anderen Fraktionen immer wieder an ihre Wahlversprechungen erinnert haben und erinnern werden.

Interessen der Menschen mit normalen Einkommen und vor allem derer mit geringen und sehr geringen Einkommen können nur wirksam verteidigt werden, wenn die Energieproduktion den Monopolisten und der Gewinnorientierung entrissen wird. Deshalb setzen wir uns beispielsweise für ein freies Stromkontingent für die privaten Haushalte ein, das eine vernünftig bemessene Grundversorgung für alle sicherstellt. Finanziert werden muss das durch progressiv steigende Tarife bei höherem Verbrauch. Es darf nicht so bleiben wie heute, dass die größten Stromfresser in der Industrie als Großabnehmer die geringsten Preise bezahlen. Auch ordnungspolitisch ist das völlig verkehrt, weil das keinerlei Anreiz schafft, besonders energieintensive Produktionslinien durch sparsamere zu ersetzen.

Auch in der Verkehrspolitik orientiert sich die Linksfraktion immer an Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Zugleich müssen aber natürlich die aktuellen Bedürfnisse der

**AUF EIN
WORT**

Rüdiger Sagel

Münster

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt, Finanzen



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... nach meiner Zeit als Einzelkämpfer für DIE LINKE mit einer starken Elf im Landtag zu sein. Alle Fraktionen hatten sofort deutliche Probleme mit unserem Offensivspiel und waren überrascht, was für ein schlagkräftiges Team sie da vor sich hatten.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... es doch noch zu einer Minderheitsregierung kommt. Denn SPD und Grüne waren nach der Wahl absolut defensiv und wollten die abgewählte Rüttgers-Regierung von CDU und FDP weiter im Amt lassen. Nur DIE LINKE hat hier wirklich Druck gemacht und für den Regierungswechsel gesorgt.

Links wirkt, weil ...

... fachliche Kompetenz, gute Argumente und entschlossenes Handeln letztlich zum Ziel führen. Original sozial, auch nach der Wahl – diesem Versprechen bleibt DIE LINKE verpflichtet.

Menschen in NRW erfüllt werden. Ein Beispiel ist der Bau der so genannten Betuwe-Linie, eine geplante Eisenbahnstrecke, die durchgehenden Schienengüterverkehr von Rotterdam bis Genua ermöglichen soll. Zwar halten wir den Ausbau des Schienenverkehrs im Allgemeinen und der Betuwe-Linie im Besonderen für richtig und wichtig. Aber es ist für uns nicht akzeptabel, wenn der Ausbau an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei geplant wird: Bestmöglicher Lärmschutz und höchste Standards für die Sicherheit der Trassen müssen ebenso gewährleistet werden wie zukunftssichere Kapazitäten für den Gütertransport. Unter anderem mit einer Fachtagung im April dieses Jahres arbeiten wir daran, die betroffenen Menschen in NRW mit in die Planungen einzubeziehen, die ihr tägliches Leben beeinflussen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Wirtschaftspolitik, die von der Haushalts- und Finanzpolitik naturgemäß schwer zu trennen ist. Die NRW-SPD versucht, sich mit ihrer Parole einer „präventiven Sozialpolitik“ vom Image der Schröder-SPD und der Agenda 2010 abzusetzen und eine Alternative zur neoliberalen Einheitspolitik anzudeuten. In Wirklichkeit bleibt sie dieser Art von Politik verhaftet. Besonders deutlich wird das daran, dass sie zusammen mit den Grünen die so genannte Schuldenbremse mitverantworten und sogar darüber nachdenken, sie in die Landesverfassung zu schreiben.

Die Fraktion DIE LINKE hat im Plenum des Landtags von NRW gesagt: Die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Die Festlegung auf das Zurückfahren der Nettoneuverschuldung auf Null bis zum Jahr 2020 läuft darauf hinaus, zu einer Politik des Sozial- und Personalabbaus und der Privatisierung öffentlichen Eigentums zurückzukehren. Wir LINKEN haben die SPD-Grünen-Regierung dazu aufgefordert, gegen die chronische Unterfinanzierung der Länder zu klagen. SPD und Grüne scheinen nicht einmal das tun zu wollen.

In den Haushaltsberatungen zum Landeshaushalt 2011 haben wir zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, um die Einnahmeseite des Landes zu steigern und zu erreichen, dass die öffentliche Hand wesentlich mehr Geld in die Hand nimmt, um die dringendsten sozialen und ökologischen Aufgaben anzupacken, mehr für die Bildung zu tun und den Kommunen ihren Handlungsspielraum wiederzugeben.

In den Plenarberatungen zum Haushalt haben wir deutlich gemacht, dass wir LINKEN produktive und gesellschaftlich nützliche Investitionen fördern wollen. Leider wollten uns die anderen Parteien dabei nicht folgen. Es ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, günstige Kredite mittels eines gesellschaftlich organisierten und demokratisch kontrollierten Bankwesens gerade in diese Bereiche zu lenken. Soweit dadurch auch private Profite entstehen, müssen diese durch eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen als Reallohnerrhöhungen und durch verbesserte öffentliche Dienste an die Bevölkerung zurückfließen. Auch dafür steht die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW.

Weg mit der Schuldenbremse, her mit der Millionärssteuer

Solide und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik

Die Minderheitsregierung von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen versucht seit ihrer Amtsübernahme, einige – wenn auch äußerst vorsichtige – Schritte in Richtung eines Politikwechsels zu gehen. Mit Finanzanträgen im Parlament, mit Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments, aber auch durch das Passierenlassen des ersten Haushalts der Minderheitsregierung nutzte und nutzt die Fraktion DIE LINKE NRW verschiedene Möglichkeiten der konkreten Einflussnahme auf diese Politik.

Denn wer einen Politikwechsel will, der den Menschen und der Verbesserung des Lebensumfeldes zugute kommt, kann dies nur durch deutlich höhere Ausgaben erreichen. Dies gilt insbesondere für die Städte und Gemeinden im Land, die sich bis auf wenige Ausnahmen in einer dramatischen Haushaltsschieflage befinden und deren soziale Handlungsspielräume demzufolge drastisch eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind Investitionen im sozialen Bereich und im Bildungsbereich dringend erforderlich. Der Haushalt 2011 etwa enthält eine Erhöhung der Mittel für Frauenhäuser um vier Millionen Euro, die nur auf Druck der Fraktion DIE LINKE hin zustande gekommen ist. Doch das ist noch lange nicht ausreichend, um in NRW eine bedarfsgerechte, quantitative sowie qualitative Versorgung in den Frauenhäusern sicherzustellen. Um die chronische Unterfinanzierung der Frauenhäuser, -beratungsstellen, -notrufe und anderer Projekte zu beheben ist derzeit vor allem eine Anpassung der nordrhein-westfälischen Richtlinien erforderlich – und mehr Geld.

Eine original linke Haushaltspolitik ist deshalb nicht von der fatalen Logik getragen, das Land kaputtzusparen, wie das insbesondere CDU und FDP mit ihrem Spardiktat wollen. Denn sie haben die neoliberale Schere im Kopf, statt wirksame Zukunfts-

investitionen zuzulassen, die für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sorgen würden. Generationengerechtigkeit beinhaltet gerade, eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive zu schaffen.

Ali Atalan (links) und Rüdiger Sagel (Mitte) bei einem Washtag für die „Weißen Westen“ der Banker der vor der Zerschlagung stehenden WestLB.



Gegen die so genannte Schuldenbremse hat sich als einzige Fraktion konsequent die DIE LINKE gestellt. Denn sie löst keine Finanzprobleme. Die Landesfinanzen würden damit nicht nachhaltig konsolidiert, es handelt sich vielmehr um ein Manöver, das populistisch Sparsamkeit suggeriert und letztlich Sozialkürzungen rechtfertigen soll.

DIE LINKE tritt nicht grundsätzlich für eine höhere Neuverschuldung ein, sondern vielmehr für eine Erhöhung der Einnahmen durch mehr Steuergerechtigkeit: Wir brauchen und wollen höhere Ausgaben und dafür auch höhere Einnahmen. Entsprechend haben wir zahlreiche Anträge gestellt, wie zum Beispiel für eine höhere Spitzen- und Erbschaftssteuer und eine Millionärssteuer, die aber mit den anderen Parteien bisher nicht zu realisieren waren. Durchgesetzt hat die Fraktion aber immerhin, dass 200 zusätzliche Steuer- und Betriebsprüfer/-innen in NRW eingestellt

**AUF EIN
WORT**

Anna Conrads

Duisburg

Sprecherin für Inneres,
Justiz, Demokratie,
Recht, Antifaschismus



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... zu bemerken, dass ich manchmal auch vom Parlament aus Kleineres bewirken kann, das für die Betroffenen sehr groß ist: Ein Offener Brief gegen eine Abschiebung, eine Kleine Anfrage für Datenschutzorganisationen, eine Betroffene in einer Anhörung zu Wort kommen lassen ...

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... im NRW-Landtag noch immer der Wind des Kalten Krieges durch die Gänge fegt, CDU und FDP noch immer darin verhaftet sind und ich deshalb auch als CDU-Redenschreiberin anfangen könnte. Man weiß vorher immer, welche ideologischen – und langweiligen – Phrasen von ihnen kommen.

Links wirkt, weil ...

... wir in einigen Bereichen die Landesregierung durch gute Themensetzung tatsächlich in Zugzwang bringen. Aber: Links kann nur da wirklich wirken, wo auch eine starke Bewegung auf der Straße und vor dem Landtag steht.

wurden. Zudem wurden 100 Ausbildungsplätze geschaffen. Die frisch ausgebildeten Prüfer/-innen sollen dann ebenfalls in den Landesdienst übernommen werden. So werden auch Unternehmen und Besserverdienende stärker kontrolliert und steuerlich herangezogen.

Ebenfalls mit einem Initiativantrag haben wir eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf fünf Prozent erreicht, die insbesondere Immobiliendealern/-innen und Wohnungshaien deutlich stärker in die Tasche greift und nun jedes Jahr rund 450 Millionen Euro zusätzlich in die Landeskasse spült. Diese unsere Idee hat die Minderheitsregierung zuerst abgelehnt und dann später als ihre eigene präsentiert.

Aktuell will die Fraktion DIE LINKE NRW mit einem Wassergeld in Höhe von 27 Millionen Euro den Energieversorger RWE zur Kasse bitten. Denn die größte Grundwasser-Verschwendung in NRW entsteht bei der Förderung von Braunkohle. Rund 500 Millionen Kubikmeter Grundwasser werden durch RWE jährlich bei der Braunkohleförderung, ökologisch völlig unverträglich, abgepumpt. Bleibt abzuwarten, ob die Regierung auch diesen Vorschlag aufgreift und als ihren eigenen verkauft.

Immer wieder thematisiert hat die Fraktion DIE LINKE NRW das Milliardengrab WestLB. Rund zehn Milliarden Euro Landesmittel wurden dort im Laufe der Jahre bereits versenkt. Doch das Ausmaß der Krise bei der WestLB ist noch viel größer als öffentlich bekannt. Nun drohen Privatisierung, Zerschlagung und Aufspaltung der Landesbank. Zu den Milliardenverlusten der Bank hat das komplette Versagen der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers und Finanzminister Linsen geführt. Zu den Schrottpapieren im nominalen Wert von 23 Milliarden Euro, die bereits unter mehr als fragwürdigen Umständen nach Irland zu „Phoenix Light“ ausgelagert wurden, kamen noch weitere Papiere, sodass insgesamt nominal über 80 Milliarden Euro ausgelagert wurden. Weitere Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro sind dadurch nicht mehr ausgeschlossen. Bezahlen müssen das alles letztlich die Bürger Nordrhein-Westfalens.

Wir wollen als Fraktion DIE LINKE NRW alle Vorgänge und Verantwortlichkeiten, die zu diesem Finanzdesaster geführt haben, vollständig klären und fordern einen Untersuchungsausschuss zur vollständigen Aufklärung der Vorgänge bei der WestLB. SPD und Grüne wie auch CDU und FDP haben aber alle unsere Anträge und Vorstöße bisher abgelehnt, weil sie mit ihren jeweiligen Regierungen alle in das Desaster verstrickt sind. In diesem Zusammenhang wird auch unsere Forderung nach Haftung von Aufsichtsräten und Manager/-innen blockiert.



„Der Landtag fordert die Landesregierung auf ...“

Gesetzentwürfe, Anträge und Anfragen der Fraktion DIE LINKE

Gesetzentwürfe

Zwischen der Konstituierung des Landtags NRW am 6. Juli 2010 und dem 30. Mai 2011 legte die Fraktion DIE LINKE dem Parlament neun Entwürfe für neue Gesetze oder zur Änderung bestehender Gesetze zur Beratung und Abstimmung vor. Die im Folgenden dokumentierten Gesetzentwürfe sowie alle Anträge und Anfragen finden sich im Internet detailliert unter: www.linksfraktion-nrw.de/aus_dem_landtag/antraege

- 06.07.2010 Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern an Schulen
- 06.07.2010 Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen
- 06.07.2010 Gesetz zur Abschaffung von Studiengebühren in NRW
- 07.07.2010 Gesetz zur Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbezirke
- 07.07.2010 Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten
- 07.09.2010 Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes (Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I)
- 02.11.2010 Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren

11.01.2011 Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums

05.04.2011 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Hamide Akbayir bereiste Mitte März 2011 Kurdistan und nahm an Feiern zum Neujahrsfest Newroz teil. Türkische Sicherheitskräfte griffen die Veranstaltung in Amed/Diyarbakir unter anderem mit Tränengas an. Auf einer Versammlung zeigte sie einige der abgefeuerten Patronen. Rechts von ihr Aysel Tuğluk, kurdische Kandidatin der Wahlen zum türkischen Parlament am 12. Juni 2011.



Anträge

Im Plenum stellte die Fraktion DIE LINKE insgesamt 195 Anträge, davon 87 zum Landeshaushalt 2011. Mit diesen Anträgen wurde das Parlament aufgefordert, jeweils verbindliche Aufträge für die Landesregierung zu beschließen. Dazu kamen zahlreiche weitere Anträge, beispielsweise Änderungsanträge zu Anträgen anderer Fraktionen, sowie Anträge in den Fachausschüssen.

- 06.07.2010 Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden!
- 06.07.2010 Benachteiligung bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst für Lehrämter an Schulen aufheben – Nachreichfrist verlängern
- 06.07.2010 Steuerflucht bekämpfen, Steuerprüfungen intensivieren, Mehreinnahmen generieren
- 06.07.2010 Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge – Aufhebung der Residenzpflicht in NRW
- 06.07.2010 Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo und für Flüchtlinge aus Syrien. Gravierende Menschenrechtsverletzungen verhindern
- 07.09.2010 Aufhebung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Wehrebereichskommando II der Bundeswehr, geschlossen am 29.10.2008
- 07.09.2010 Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen
- 07.09.2010 Lobby für Erwerbslose stärken – Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen fördern und landesweit ausbauen!
- 07.09.2010 Keine Unterstützung von Steueroasen durch Schrottpapiere der WestLB
- 07.09.2010 Schadenersatzklage gegen WestLB-Banker
- 07.09.2010 Demographische Gewinne nutzen – Entwicklung eines Stufenplans „Kleine Klasse“
- 07.09.2010 Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen!
- 07.09.2010 Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung verhindern – Keine Milliarden-geschenke an Atomkonzerne
- 13.09.2010 Geheimer Atomdeal der Bundesregierung zulasten Dritter
- 20.09.2010 Mindestanforderungen an ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz
- 20.09.2010 Umsteuern – Umverteilung von oben nach unten
- 21.09.2010 Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß § 41 der Landesverfassung (Loveparade, Duisburg)

- 21.09.2010 Schwarz-Gelb macht krank! Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!
- 24.09.2010 „Schwere Wege leicht machen“ – Frauenhäuser finanziell und strukturell absichern!
- 27.09.2010 Hartz IV wird zu Hartz 5
- 02.11.2010 Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 02.11.2010 Kommunalhaushalte nicht auf Kosten der Bürger entlasten – keine Pauschalisierung der Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II
- 02.11.2010 Perspektivlosigkeit der WestLB beenden – Transparenz und neues Geschäftsmodell
- 02.11.2010 Überführung der Übertragungsnetze in Landeseigentum; Prüfung eines Kaufgebotes durch die Landesregierung
- 04.11.2010 ELENA sofort aussetzen
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 23.11.2010 Aufstockung und Neuordnung des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen
- 23.11.2010 Mindestanforderungen an ein Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- 23.11.2010 Die Elementarbildung gemeinsam mit den Betroffenen reformieren – der Kibiz-Revisionsprozess darf kein Schnellschuss werden!
- 23.11.2010 Garantie auf einen Platz im Gemeinsamen Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen
- 23.11.2010 Kulturpolitische Nachhaltigkeit und flächendeckende kulturelle Bildung
- 29.11.2010 Landesarchiv in Duisburg
- 07.12.2010 Mehr Steuergerechtigkeit und Steuereinnahmen durch mehr Betriebsprüfer/innen
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 07.12.2010 Abzug deutscher (NRW-)Polizisten aus Afghanistan
- 07.12.2010 Gastortransporte aus Ahaus auch 2011 verhindern
- 07.12.2010 Nationalpark Senne-Egge/Teutoburger Wald schnellstens realisieren – Kündigungsrecht umgehend nutzen
- 07.12.2010 NRW für ein Patientinnen- und Patientenrechtegesetz – Bundesratsinitiative der Länder Berlin und Brandenburg für Patientinnen- und Patientenrechtegesetz unterstützen!

- 13.12.2010 Kraftwerk Datteln: Verfahrenstricks von SPD und Grünen im RVR statt Klimaschutz?
- 11.01.2011 Landesgleichstellungsgesetz muss auch an Schulen wirken – Ansprechpartnerinnen für Gleichstellung an Schulen entlasten!
- 11.01.2011 DIE LINKE.NRW ist eine verfassungsgemäße Partei
- 25.01.2011 Castor-Transporte und damit unnötige Risiken für Mensch und Umwelt vermeiden – Hochradioaktive Brennelementekugeln weiterhin am ehemaligen AVR Jülich zwischenlagern
- 25.01.2011 Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen
- 25.01.2011 WestLB – Keine Beute für Finanzhaie
- 15.02.2011 Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter in NRW
- 15.02.2011 Für ein neues Ladenschlussgesetz und arbeitsfreie Sonn- und Feiertage
- 15.02.2011 Sanktionen für Erwerbslose aussetzen – für eine repressionsfreie Mindestsicherung
- 15.02.2011 Arbeit für Demokratie und Toleranz vor Ort nicht gefährden! Bestätigungserklärung im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ streichen!
- 15.02.2011 Leiharbeit im BLB beenden!
- 15.02.2011 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 41 der Landesverfassung (WestLB)
- 01.03.2011 „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ – auch für Lehrkräfte in NRW!
- 14.03.2011 Roma und Sinti als Opfergruppe anerkennen. Kontingentregelung schaffen
- 22.03.2011 Rechtsaufsicht für Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen durchsetzen
- 22.03.2011 Selbstorganisation und Selbsthilfe von Erwerbslosen fördern
- 05.04.2011 Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß § 41 der NRW-Verfassung (Bau- und Liegenschaftsbetrieb, BLB)
- 05.04.2011 Abschiebehaft abschaffen!
- 05.04.2011 NRW lässt die Opfer neofaschistischer Gewalt nicht allein – Einrichtung von Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

- 05.04.2011 Praktikantinnen und Praktikanten in NRW-Ministerien endlich bezahlen!
- 05.04.2011 Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit
- 05.04.2011 Ökostrom jetzt! Erneuerbare Energien für den Landtag und alle öffentlichen Gebäude in NRW
- 10.05.2011 Mieter/innen-Interessen schützen. Börsengang von THS Wohnen/Evonik Immobilien verhindern
- 10.05.2011 Kinderarmut bekämpfen: „Kein Kind ohne Mahlzeit“
- 10.05.2011 Duisburger Hafen muss in Öffentlicher Hand bleiben
- 10.05.2011 Personalvertretung in den Schulen stärken – Schulgesetz ändern
- 10.05.2011 Kosten der Unterkunft: Die Landesregierung darf nicht zu einer betroffenenfeindlichen Ausführung des § 22 SGB II auffordern
- 10.05.2011 Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial gestalten
- 10.05.2011 Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rückübernahmeabkommen aussetzen
- 16.05.2011 Loveparade-Katastrophe endlich aufklären!



Auf Einladung der kinderpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Dr. Carolin Butterwege, kamen am 7. April 2011 rund 30 Experten und Interessierte aus Gewerkschaften, Verbänden und der Partei DIE LINKE in den Landtag NRW zu der Tagung „Anforderungen an eine gelungene KiBiz-Reform“.

Entschließungsanträge

Mit Entschließungsanträgen fordert das Parlament die Regierung auf, beim Vollzug von Gesetzen und Vorschriften bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder zu unterlassen. Diese Anträge haben für die Regierung keinen bindenden Charakter. Die Fraktion DIE LINKE hat dem Parlament insgesamt 24 Entschließungsanträge zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt.

- 16.07.2010 Den grundlegenden Politikwechsel jetzt durchsetzen!
- 14.09.2010 Sozialverträglicher Kohleausstieg und Sockelbergbau
- 29.09.2010 Einbeziehung der parlamentarischen Gremien in den Schulversuch „Gemeinschaftsschule“
- 29.10.2010 Für eine Verstärkung der Kommunalfinanzen – Die Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln
- 10.11.2010 Nordrhein-Westfalen und Polen wollen Zusammenarbeit ausbauen: Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr 2011/2012
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 01.12.2010 Keine Abschiebungen von Minderheiten nach Ex-Jugoslawien in den Wintermonaten („Wintererlass“)
- 02.12.2010 Atomdeal der Bundesregierung bringt die Menschen zu Recht auf die Straße – großer Dank gilt unseren Polizistinnen und Polizisten
- 02.12.2010 Für eine friedliche, humanitäre Entwicklungspolitik
- 14.12.2010 Persönlichkeitsrechte von Studierenden im Hochschulgesetz verankern!
- 15.12.2010 Überfällige Reform des Gemeindegewerbesteuerrechts verbessert die kommunalwirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten und stärkt Mittelstand und Handwerk vor Ort
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 12.01.2011 Mehr Bewegung an den Schulen – Motorische Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern systematisch fördern
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 19.01.2011 Lebensmittel sicher machen – Verbraucherinnen und Verbraucher vor Schadstoffen schützen
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 19.01.2011 Gymnasien unterstützen bei der Bewältigung der Probleme durch den Großversuch „Turbo-Abi“
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 02.02.2011 Für Haushaltsklarheit und -wahrheit – Transparente Investitionspolitik für

soziale Gerechtigkeit

- 03.02.2011 Paritätische Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft gesetzlich regeln
- 03.02.2011 Keine Probebohrungen für Erdgas in NRW – Grundwasser schützen
- 23.02.2011 Planungssicherheit für unsere Hochschulen
Gemeinsamer Antrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 24.02.2011 Die Agenda-2010-Politik ist nicht reformierbar! Für eine repressionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung statt gängelnder und demütigender Hartz-IV-Politik!
- 22.03.2011 Atombremse statt Schuldenbremse – Atomkraftwerke sofort abschalten!
- 29.03.2011 Roma und Sinti als Opfergruppe anerkennen. Kontingentregelung schaffen
- 29.03.2011 Entschließungsantrag zum Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes. Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I
- 30.03.2011 Nordrhein-Westfalen braucht eine verlässliche Anerkennungskultur – Bestleistungen bei Schulabschlüssen der Schülerinnen und Schüler aller Schulformen weiterhin angemessen würdigen
- 30.03.2011 Schuldenbremse löst keine Finanzprobleme

Große Anfragen

Zwei Große Anfragen hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW gestellt. Diese ausführlichen und detaillierten Anfragen müssen von der Landesregierung schriftlich beantwortet und im Plenum diskutiert werden. Sie dienen vor allem dazu, wichtige und komplexe Sachverhalte zu klären.

- 13.12.2010 Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen
- 05.04.2011 Mädchen und Frauen im Strafvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen

Kleine Anfragen

Kleine Anfragen beinhalten knappe und begrenzte Fragestellungen an die Regierung. Anders als Große Anfragen können sie auch von einzelnen Abgeordneten eingereicht werden. Bis zum 30. Mai 2011 stellte die Fraktion DIE LINKE insgesamt 105 Kleine Anfragen an die Landesregierung, um Informationen und Einschätzungen zu erhalten. Auch alle Anfragen und die Antworten der Regierung finden sich unter: www.linksfraktion-nrw.de/aus_dem_landtag/antraege

WIM
MALD IN DRESDEN
ROCKLEFEN

DIE LINKE.
NRW-CARD
JETZT!
Für ein Antidiskriminierungs-Gesetz

LEIHARBEIT IST
MODERNE
SKLAVEREI!

TSCHERNOBYL

100 JAHRE 8. MÄRZ
DER KAMPF
GEHT WEITER

DIE LINKE.

Tatort
Niedrig-
Lohn

ROTDRUCK

Vorwärts
DIE LINKE.

Gegen Hungerlöhne
und Leiharbeit

SCHUTZSCHIRM
FÜR KOMMUNEN

ATOMAUSSTIEG
SOFORT!

Die 100 größten
Leiharbeiter*innen
Deutschlands

DIE LINKE.

BO

www.linksfraktion-nrw.de

